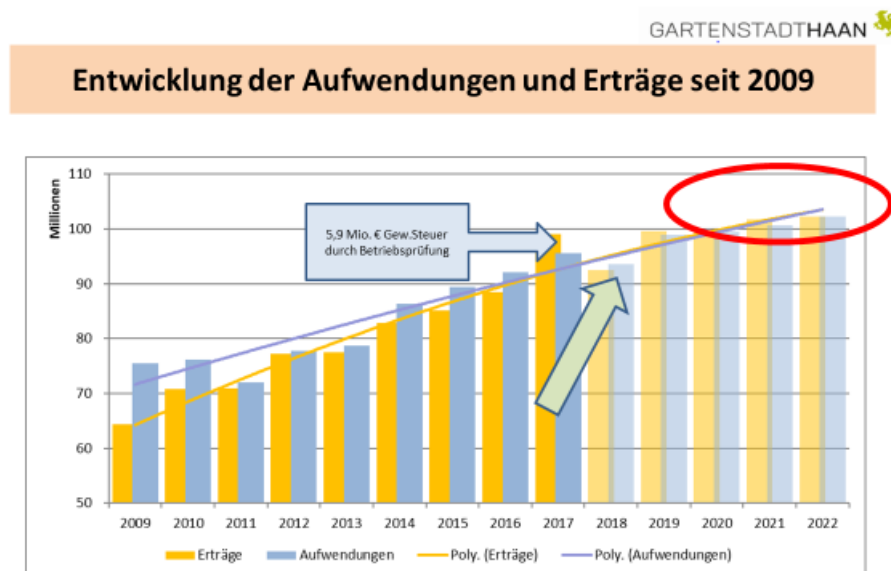


Präsentation des Haushaltsplanentwurfes 2019
zur Einbringung am 30.10.2018

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich Ihnen die wesentlichen Grundlagen und Eckdaten des Haushaltsplanentwurfes 2019 vorstelle, erlauben Sie mir einen kurzen Rückblick auf das vergangene und das laufende Jahr:

Da heute auch noch die Feststellung des Jahresabschlusses 2017 sowie die Prognose für 2018 auf dem Programm stehen, greife ich hier den beiden Tagesordnungspunkten etwas vor und fasse mich kurz.



2017 verlief ausgesprochen positiv, da wir durch eine Betriebsprüfung des Finanzamtes fast 6 Mio. € mehr an Gewerbesteuer verbuchen und dadurch den geplanten Fehlbetrag von 2,7 Mio. € nicht nur ausgleichen, sondern einen Überschuss von 3,5 Mio.

€ ausweisen konnten. Aber – hier muss ich die Euphorie bremsen – das Ergebnis der Prüfung wurde angefochten und bis es entschieden ist, kann es auch noch eine Weile dauern, da es um eine Grundsatzentscheidung geht. Für uns Grund genug, Vorsorge zu treffen und Rückstellungen für den Fall zu bilden, dass wir die Steuern ganz oder teilweise und – nicht zu vernachlässigen - mit 6% verzinst zurückzahlen müssen. Allein die Zinsen belaufen sich auf jährlich 360.000 €.

Auch das laufende Jahr wird voraussichtlich besser als geplant ausfallen und ein leicht positiver Abschluss ist wahrscheinlich. Im Asylbereich sind die Zahlen stabil geblieben, so dass wir hier auf dem Niveau von 2017 verharren. Wir erwarten Minderaufwendungen von 1,4 Mio. €, gleichzeitig fehlen aber entsprechende Erstattungen und Zuweisungen von rd. 1 Mio. €, so dass sich in der Nettobetrachtung eine Verbesserung von 0,4 Mio. € ergibt. Nicht so gut laufen momentan die Gebühren im Rettungsdienst; positiv hingegen die weitere Entwicklung der Gewerbesteuer. Insgesamt rechnen wir mit 28,6 Mio. € und damit 1,4 Mio. € mehr als eingeplant.

Auf der Aufwandsseite führen weitere verschiedene Effekte dazu, dass die Ansätze nicht ausgeschöpft werden. Der Personalmangel im öffentlichen Dienst ist auch bei uns spürbar und einige Stellen sind nicht besetzt. Die Einsparungen summieren sich auf rd. 0,5 Mio. €. Weitere Minderausgaben von 0,4 Mio. € ergeben sich bei den Zinsen. Da die Zinsen - anders als 2017 noch zu befürchten, nicht gestiegen sind, sind wir von der Idee, die Finanzierung des Gymnasiums in diesem Jahr vollständig langfristig zu sichern wieder abgerückt und haben nur die Summe aufgenommen, die auch zur Auszahlung kommt.

Nach dem Rückblick noch ein kurzer Ausblick auf die weiteren Finanzplanungsjahre bis 2022. Sie sehen, dass wir keine großartigen Spielräume erwarten. Zwar gehen wir weiterhin von einer positiven konjunkturellen Entwicklung aus, aber momentan sind die Unsicherheiten zu groß, als dass wir heute schon eine überdurchschnittliche Ertragssteigerung einpreisen könnten. Und auch auf der Aufwandsseite ergibt sich, neben der ab 2020 planmäßig berücksichtigten Minderung durch Auslaufen der Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit, aus heutiger Sicht keine weitere wesentliche Entlastung.

Nun aber zum Planwerk 2019:

Wie Frau Dr. Warnecke bereits ausgeführt hat, weist der Haushalt einen Überschuss von 735 T€ aus. Damit beenden wir den seit Jahren andauernden Zustand der Haushaltssicherung endgültig. Und, wie von Ihnen gefordert, bleiben die Hebesätze für die Grundsteuern und die Gewerbesteuer unverändert.

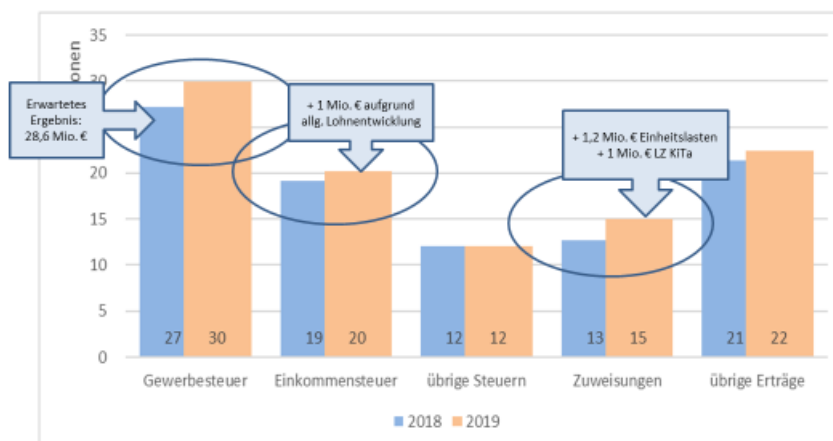
Eckpunkte Ergebnisplan 2019

	2018	2019	Veränderung zum VJ absolut	Veränderung zum VJ in %
ordentliche Erträge	92.143.400	99.329.588	7.186.188	7,8%
ordentliche Aufwendungen	92.106.348	97.815.879	5.709.531	6,2%
ordentliches Ergebnis	37.052	1.513.709	1.476.657	
Finanzerträge	320.300	298.300	-22.000	-6,9%
Finanzaufwendungen	1.461.481	1.076.810	-384.671	-26,3%
Finanzergebnis	-1.141.181	-778.510	362.671	
Jahresergebnis	-1.104.129	735.199	1.839.328	

In 2019 kann ein Überschuss ausgewiesen werden. Das HSK ist beendet.
Die Hebesätze für die Grundsteuern und die Gewerbesteuer bleiben konstant

Mehrerträge erwarten wir insbesondere bei den Steuern und den Zuweisungen. Aber auch die Grundstücksverkäufe im Technologiepark werden einmalige Buchgewinne bringen.

Gravierende Veränderungen der Erträge



Wie gesagt gehen wir davon aus, dass wir im laufenden Jahr 28,6 Mio. € Gewerbesteuer vereinnahmen können und auf dieser Basis planen wir 29,9 Mio. € für 2019 ein. Weiterhin können wir nach der aktuellen Steuerschätzung des Bundes beim Einkommensteueranteil mit 1 Mio. € mehr als im laufenden Jahr rechnen. Damit erwarten wir insgesamt Steuererträge von 62,2 Mio. €.

Die Zuweisungen des Landes steigen ganz erheblich an. Da sie aber in der Regel auch an entsprechende Aufwendungen gekoppelt sind, ergibt sich in der Nettobetrachtung nicht immer ein positiver Effekt.

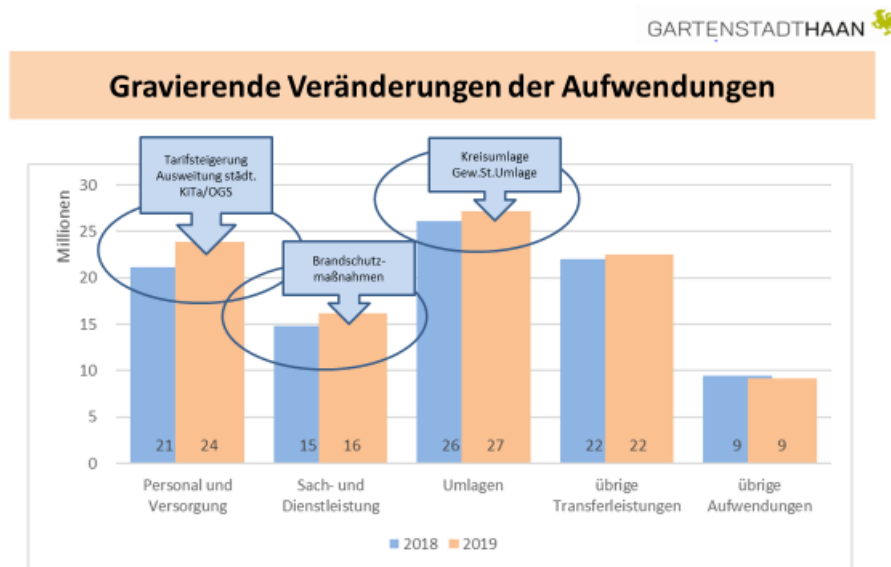
Bereits eingeplant haben wir, dass das Land beabsichtigt, zusätzliche Pauschalen für die Qualitätssicherung in den KiTa's einzuführen und zu 90% zu bezuschussen. Hierdurch soll die finanzielle Situation der KiTa-Träger bis zur Novellierung des KiBiz gesichert werden. Heißt für uns im Umkehrschluss aber auch, dass wir diese zusätzlichen Pauschalen zu 100% an die KiTa-Träger auszahlen müssen.

Echte Nettomehrerträge ergeben sich aus der Abrechnung der Einheitslasten. Abgerechnet wird die bereits in 2017 bezahlte Beteiligung an der Finanzierung des Fonds Deutsche Einheit. Nach der ersten Probeberechnung des Landes erhalten wir eine Erstattung von 3 Mio. €. Damit entspricht die Erstattung fast unserem Zahlbetrag und beschert uns zusätzliche Einnahmen von 1,2 Mio. € im Vergleich zum laufenden Jahr. Hintergrund ist, dass der Fonds Deutsche Einheit voraussichtlich bereits Ende dieses Jahres und nicht erst 2019 abfinanziert sein wird. Deshalb liegt auch ein Gesetzentwurf des Bundes vor, die Finanzierungsbeteiligung bereits 2018 zu beenden. Sollte das so beschlossen werden, könnten sich erhebliche Verbesserungen für den Haushalt ergeben, da hierfür 2,3 Mio. € vorgesehen sind. Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch, dass dann die bis jetzt in 2021 eingeplante Einnahme aus der Abrechnung 2019 in Höhe von 1,8 Mio. € fehlen wird und 2021 so ein Fehlbetrag entsteht.

Darüber hinaus wird erstmalig vom Land finanzkraftunabhängig eine allgemeine Zuweisung für die Instandhaltung des Infrastrukturvermögens gewährt. Wir erhalten rd. 145 T€.

Den Verkauf von Flächen im Technologiepark hatte die Bürgermeisterin auch bereits angesprochen. Hier erwarten wir einmalige Buchgewinne von rd. 700 T€.

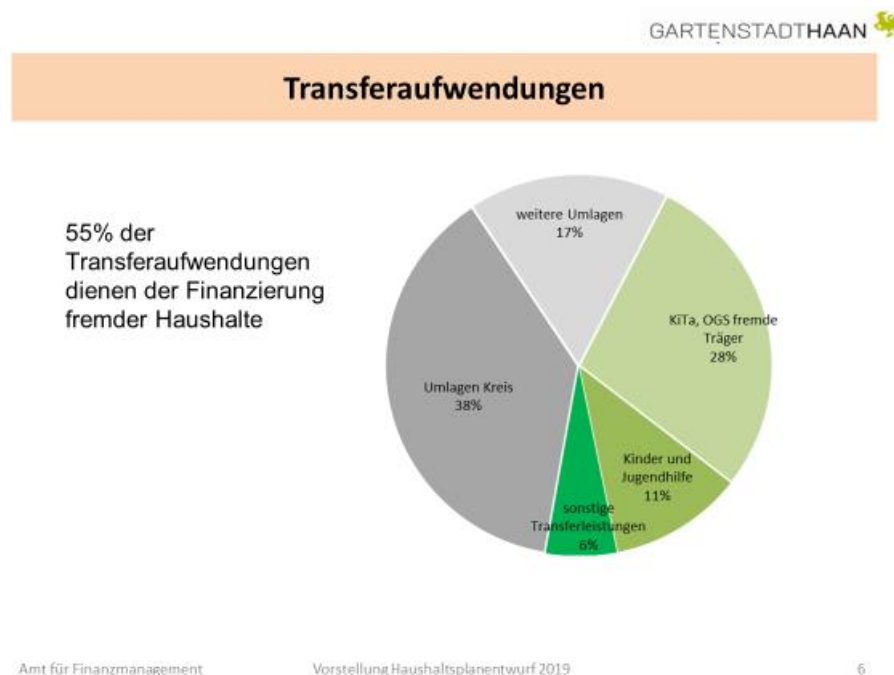
Die Gesamterträge liegen mit 7,2 Mio. € deutlich über den Planwerten 2018, beinhalten aber auch – wie dargestellt - knapp 2 Mio. € (1,2 Mio. € Erstattung FDE und 0,7 Mio. € Buchgewinne) an einmaligen Erträgen, die in den Folgejahren nicht fortgeschrieben werden können.



Spannender wird es auf der Aufwandsseite. Hier beschert uns die Tarifeinigung erhebliche Mehraufwendungen, die auch auf die Beamten und Versorgungsempfänger durchschlagen werden. Angekündigt ist darüber hinaus auch eine Änderung der Richttafeln zur Berechnung von Pensionsansprüchen, so dass wir vorsorglich eine höhere Rückstellung eingeplant haben. Aber nicht nur der Tarifabschluss führt zu einer überdurchschnittlichen Steigerung der Personalaufwendungen, sondern auch die Übernahme der OGS an der Grundschule Don Bosco und die Einrichtung von drei weiteren KiTa-Gruppen in städtischer Trägerschaft, die mehr Personal erfordern.

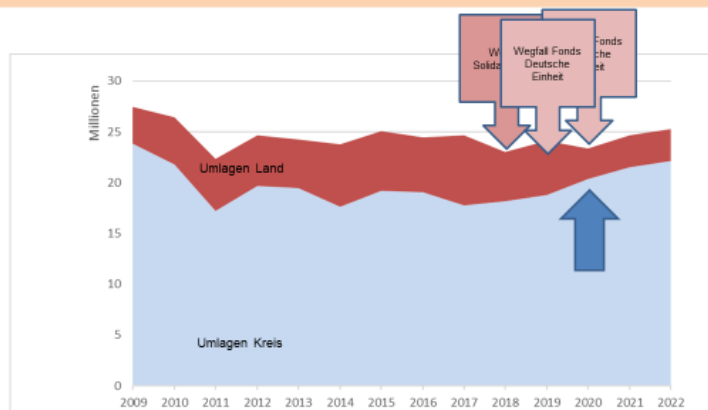
Bei den Sach- und Dienstleistungen steigen im nächsten Jahr die Instandhaltungsaufwendungen für Brandschutzmaßnahmen. In der Vergangenheit wurden verschiedene Maßnahmen immer wieder verschoben, müssen jetzt aber dringend abgearbeitet werden. Eingeplant sind nur die unbedingt erforderlichen Arbeiten. Aber wir sind in der Haftung, wenn etwas passiert. Die Versicherung wird nicht einspringen, weil wir Kenntnis von den Mängeln hatten. Und noch der Hinweis auf den Rathausneubau. Sollte er nicht kommen, müssen hier künftig erhebliche Mehrausgaben eingeplant werden.

Bei den Transferaufwendungen sollten wir zwischen den Umlagen für fremde Haushalte und unseren originären Sozialleistungen unterscheiden, denn mehr als die Hälfte der Transferaufwendungen dienen der Finanzierung der Umlageverbände und entziehen sich damit jeglicher Konsolidierung.



Der Kreis hat am 11. Oktober seinen Haushalt eingebracht und betont erneut seine kommunalfreundliche Haltung, da die Kreisumlage nochmals gesenkt und die Ausgleichsrücklage vollständig eingerechnet werde. Die Aussage ist zwar richtig, aber nominell steigt die Kreisumlage weiter an. Aufgrund des überdurchschnittlichen Gewerbesteuerzuwachses in 2017 müssen wir in diesem Jahr rd. 650 T€ mehr an den Kreis abführen. Problematisch wird es in den Folgejahren. Hier hat der Kreis bereits angekündigt, dass die Umlagen überproportional ansteigen.

Umlagen Land und Kreis



Entlastend auf den Kreishaushalt wirkt sich sowohl die kürzlich vom Landschaftsverbandes Rheinland beschlossene Senkung seines Hebesatzes als auch die geplante Verlängerung der Übernahme der Unterkunftskosten für die anerkannten Asylanten durch den Bund. Wir sollten daher erwarten können, dass der Kreis diese Einsparungen im Zuge der Haushaltsplanberatungen ungeschmälert an die Städte weitergibt. Zumindest hat der Kreisdirektor dies im Rahmen der Vorstellung des Kreishaushaltes in der Kämmererkonferenz so zugesagt. Die Einsparungen belaufen sich insgesamt auf rd. 8 Mio. €. Hiervon könnten wir einen Anteil von 360 T€ erwarten.

Das Land erhält einen festen Anteil von den städtischen Gewerbesteuern. Da wir mit höheren Steuern rechnen, wurden hier rd. 450 T€ mehr als im laufenden Jahr eingeplant. Aber – vielleicht ist der Aufschlag für den Fonds Deutsche Einheit ja tatsächlich ein Jahr früher als geplant, Geschichte.

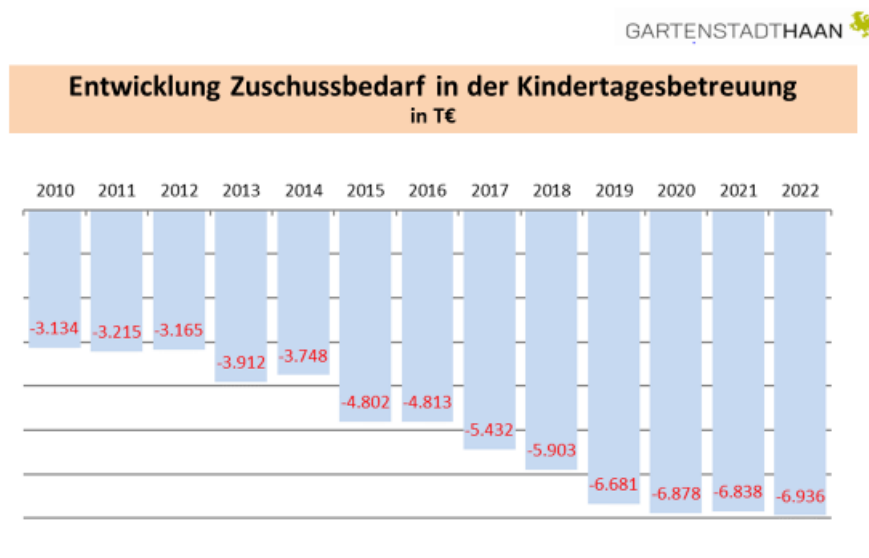
Bei den Sozialtransferleistungen ergibt sich auf dem Papier insgesamt nur eine moderate Steigerung von knapp 2% oder 410 T€. Hierbei muss aber berücksichtigt werden, dass allein rd. 260 T€ aus den Transferleistungen in die Sach- und Dienstleistungen, sowie weitere 340 T€ in den Personalaufwand umgliedert wurden, da konkrete Dienstleistungsverträge abgeschlossen bzw. die OGS an der Grundschule Don Bosco in städtische Trägerschaft übernommen wurden. Ohne diese beiden Vorgänge steigen die Sozialtransferaufwendungen tatsächlich um rd. 1 Mio. € oder knapp 5%.

Wie gesagt hat sich im laufenden Jahr die Zahl der Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz kaum verändert, so dass wir hier erhebliche Mittel einsparen können. Auch für das nächste Jahr gehen wir von einer weiterhin kaum veränderten Anzahl aus, so dass die Ansätze um 440 T€ gesenkt werden.

Etwas anders sieht es bei der Kinder- und Jugendhilfe aus. Hier erwarten wir insbesondere bei der stationären Heimunterbringung eine Steigerung von 225 T€.

Und schließlich planen wir für die Kindertagesbetreuung in den nicht-städtischen KiTa's und in der Kindertagespflege eine Steigerung von rd. 1,2 Mio. € ein. Hiervon allein rd. 700 T€ für die zusätzlichen Pauschalen für die Qualitätssicherung.

Gute Arbeit hat ihren Preis. Unter Berücksichtigung der Aufwendungen für die städtischen Einrichtungen hat sich der Zuschussbedarf in der Kindertagesbetreuung in den letzten Jahren überdurchschnittlich gesteigert.



Da die Darstellung der sehr erfolgreichen Arbeit in diesem Bereich immer etwas zu kurz kommt, möchte ich das an dieser Stelle doch einmal herausstellen. Wir brauchen uns hinter niemandem verstecken. Ganz im Gegenteil. Nach der landesweiten Statistik, die auf den Seiten des Familienministeriums abgerufen werden kann, liegt die Versorgungsquote für 1 bis 2-Jährige im aktuellen KiTa-Jahr in Haan bei 75,1%. Auch

Monheim als selbsternannte „Hauptstadt für Kinder“ kann da nicht mithalten. Wir liegen landesweit auf dem siebten Platz, kreisweit sind wir die Besten!

U-3 Versorgung (mit und ohne Rechtsanspruch)
KiTa-Jahr 2018/19 nach der Statistik des MKFFI Stand 12.4.2018*



*<https://www.mkffi.nrw/ausbau-der-betreuung-fuer-unter-dreijaehrige>

Im Übrigen liegen wir auch bei der Betreuung der Grundschüler in einer OGS oder der „Verlässlichen Schule von 8 bis 1“ bei 75%. Mehr geht kaum. Eine Ausweitung des Angebotes ist jetzt eigentlich nur noch möglich, indem das Land richtige Ganztagsgrundschulen zulässt. Dann wäre allerdings auch das Land für die Betreuung zuständig.

Neben dem laufenden Geschäft planen wir erhebliche Investitionen. Insgesamt wollen wir allein in 2019 rd. 15,5 Mio. € in den Neubau von Schulen und Kindergärten sowie die städtische Infrastruktur stecken:

Natürlich – das Gymnasium. Falls Sie es noch nicht gemacht haben, schauen Sie doch mal öfter auf die Baustellenwebcam, die Sie über die Homepage der Stadt erreichen können. Ich bin selber immer überrascht, wie schnell es voran geht.

Baufortschritt am Gymnasium



Den Neubau des Kindergartens am Erikaweg wollen wir auf den Weg bringen, genauso wie den Neubau/ die Sanierung der Grundschule Gruitzen und der Grundschule Don Bosco.

Soweit wir die Fördermittel erhalten, wollen wir auch den Radweg Sandbachtal aus dem Programm Klimaschutz durch Radverkehr und das Haaner Bachtal aus dem Programm Soziale Integration im Quartier umsetzen.

Und natürlich – auch wenn's keiner sieht – das Kanalnetz muss gemacht werden. Dieser Sommer war zwar sehr sonnig, aber es gab auch Starkregenereignisse. Langenfeld, Hilden, Wuppertal hat es heftig getroffen - auch wir müssen daher Vorsorge für ein Starkregenereignis treffen.

Wenn man sich den Haushalt so ansieht, könnte man sagen: läuft.

Aber ich will nicht verhehlen, dass die Planungen, insbesondere in den Folgejahren, Risiken bergen aber auch Chancen bieten.

Risiken und Chancen

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none">• Chancen• Entwicklung Technologiepark• Neuordnung
Länderfinanzausgleich• KiBiz-Reform• Fördermittelakquise• Abbau Sanierungsstau | <ul style="list-style-type: none">• Risiken• Konjunkturelle Entwicklung• Kreisumlage• Fachkräftemangel• Flüchtlingskrise• Baukostenentwicklung• Liquiditätsbeschaffung |
|---|---|

Digitalisierung

Z.Zt. gehen alle davon aus, dass die Konjunktur nur eine Richtung kennt. Tatsache ist jedoch: der nächste Abschwung wird früher oder später kommen. Die Frage ist nur wie stark fällt er aus und wie sehr sind wir betroffen. In der Regel müssen wir jedoch mit weniger Einnahmen und höheren Ausgaben rechnen. Das betrifft insbesondere auch die Kreisumlage, da hierüber die Sozialleistungen finanziert werden.

Noch nicht beendet ist in meinen Augen die Flüchtlingskrise. Hier muss zunächst die Hilfe in den Herkunftsländern greifen, bevor an den Abbau von Unterbringungs-kapazitäten gedacht und sicher davon ausgegangen werden kann, dass wir alle Personen unterbringen und integrieren können.

Da wir in den nächsten 10 Jahren zusätzlich zum „normalen Programm“ verschiedene wirklich große Investitionsmaßnahmen umsetzen wollen, ist auch die Entwicklung der Baukosten ein heißes Thema. Die massive Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch Bund und Land wird weiter zur Preissteigerung beitragen. In diesem Zusammenhang aus heutiger Sicht vielleicht gar nicht so im Blickfeld muss uns aber auch die Liquiditätsbeschaffung und die Zinsentwicklung beschäftigen, denn die heute mit Minizinsen abgeschlossenen Kredite stehen in 10 Jahren zur Prolongation an.

Digitalisierung: da hab ich mich schwer mit getan, es auf die ein oder andere Seite zu schreiben. Ich seh hier einerseits das Risiko, dass wir nicht genügend eigene Fachkräfte haben, um alle Herausforderungen zu bewältigen und dadurch abgehängt

werden. Ich seh aber, wie Frau Dr. Warnecke bereits ausgeführt hat, auch die Chance, dass wir durch weitreichende Digitalisierung Arbeitsprozesse beschleunigen und dem Bürger einen besseren Service anbieten können.

Es gibt weitere, durchaus große Chancen für diese Stadt. In erster Linie ist das die Entwicklung die der Technologiepark nimmt. Die ansiedlungswilligen Firmen haben eine hervorragende Performance.

Gespannt bin ich, wie sich der neue Länderfinanzausgleich ab 2020 auf uns auswirken wird. Weniger als das, was wir momentan vom Land im Rahmen des Gemeindefinanzausgleiches erhalten, kann es eigentlich nicht werden. Das gilt auch für die Novellierung des KiBiz. Hier erwarte ich die Möglichkeit einer deutlichen Reduzierung der freiwilligen Zuschüsse und den Wegfall des Defizitausgleichs.

Intensivieren wollen wir die Fördermittelakquise, denn momentan überschlagen sich Bund und Land mit Fördermitteln. Da wären wir ja ganz schön schlecht beraten, wenn wir hier nicht versuchen würden, Mittel für unsere Vorhaben zu generieren.

Und letztlich wird auch die Auflösung des Sanierungsstaus ein produktiveres Arbeiten ermöglichen, uns als Arbeitgeber attraktiver machen und Bewirtschaftungsmittel einsparen.

Noch ein Wort hinsichtlich des „fehlenden Papiers“ vor Ihnen. Alle Dokumente, die Rede der Bürgermeisterin und diese Präsentation finden Sie ab Morgen auf der Homepage unter „Haushalt & Finanzen der Stadt Haan“. Wir glauben, dass Sie mit der digitalen Version und den Suchfunktionen, die ein PDF bietet, einen viel einfacheren Einstieg in den knapp 800 Seiten umfassenden Plan erhalten.

Interaktive Haushaltsübersicht



Darüber hinaus bieten wir Ihnen ab Ende der Woche, eine interaktive Übersicht an, die Ihnen die Planung grafisch verdeutlicht. Hier können Sie sich verschiedene Darstellungen anzeigen lassen, sogar auf der Ebene der einzelnen Produktsachkonten.

Sollten Sie dennoch lieber analog blättern: wir haben auch ein paar Exemplare gedruckt. Und wenn's nicht reicht, drucken wir nach, das geht sehr schnell.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen entspannte und gute Haushaltsberatungen.

Doris Abel

Leiterin Amt für Finanzmanagement